

„Zeigt eine Erosion der demokratischen Gesellschaft“

Veröffentlicht am 09.01.2024 | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Kaja Klapsa**
Redakteurin Innenpolitik

Wolfgang Merkel, 72, emeritierter Politikwissenschaftler

Wolfgang Merkel, 72, emeritierter Politikwissenschaftler

Quelle: picture alliance/dpa

Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel wirft der Regierung schwere Fehler im Umgang mit den Bauern-Demos vor. Er erklärt, warum es Landwirten und anderen Protestgruppen um weitaus mehr als um Geld gehe. Und er sieht ein schwieriges Jahrzehnt für die Demokratie heraufziehen.

WELT: Herr Merkel, wir erleben aktuell eine Protestwelle: Bauern, Lokführer und Spediteure gehen auf die Straße, hinzu kommen Ärzte, Klimaaktivisten und propalästinensische Demonstranten. Stärken oder schwächen diese Aktionen unsere Demokratie?



Ihr Assistent mit KI

Journalismus neu erleben und produktiver werden – lernen Sie unsere Themenwelten kennen

WELTGO! ENTDECKEN

Wolfgang Merkel: Das wird sich noch zeigen. Prinzipiell gilt, dass solche Proteste und Streiks zur Demokratie dazugehören. Die Regierenden werden auf die dynamischen Trends, Befürchtungen und die Wut in Teilen der Bevölkerung aufmerksam gemacht. In den statischen Umfragen wird dies weniger deutlich.

Andererseits haben wir es mit Spartengewerkschaften wie den Lokführern zu tun, die zwar nur eine kleine Minderheit vertreten, durch ihre Streiks aber die große Mehrheit in Geiselnhaft nehmen und so die Grenzen der Legitimität touchieren. Insgesamt stecken wir

in einem Jahrzehnt voller Mega-Krisen. Viele Menschen sind verunsichert und wissen nicht genau, wie ihre Zukunft aussehen wird. Unsicherheit grassiert. Das befördert Protest, auch radikalen.

WELT: Wenn die Bauern den Verkehr lahmlegen, scheint es in der Bevölkerung mehr Verständnis zu geben, als wenn sich Klimaaktivisten [an die Straßen kleben \(/politik/deutschland/plus249377530/Letzte-Generation-Warum-Berlins-Justiz-mit-Blitz-Prozessen-gegen-die-Klimakleber-scheitert.html\)](https://www.welt.de/politik/deutschland/plus249377530/Letzte-Generation-Warum-Berlins-Justiz-mit-Blitz-Prozessen-gegen-die-Klimakleber-scheitert.html). Halten Sie das für nachvollziehbar – oder für Messen mit zweierlei Maß?

Merkel: Es ist zweierlei Maß, aber nachvollziehbar, weil die hart arbeitenden Bauern generell eine größere Sympathie in der Bevölkerung genießen als kleine, intellektuelle Gruppen, die sich im Dutzend an die Straße kleben. Bauern ernähren uns und ermöglichen eine regionale Versorgung. Klimakleber hingegen sind in der Wahrnehmung der breiten Bevölkerung privilegierte Menschen, die noch nie in ihrem Leben „richtig“ gearbeitet haben und uns dennoch mit ihrer Weltsicht belehren wollen.

WELT: Nehmen Sie bei den Interessengruppen eine neue Anspruchshaltung an den Staat wahr – etwa, dass alle wirtschaftlichen Probleme abgedeckt werden müssen?

Merkel: Es stimmt, dass die Lokführer, Ärzte und Bauern nicht zu den niedrigen Einkommensgruppen gehören. Allerdings ist der Anspruch an den Staat nicht nur finanzieller Natur (/wirtschaft/plus249410312/Bauernproteste-Das-Maerchen-von-den-armen-Landwirten.html). Es geht darum, dass die Regierung glaubhaft machen kann, dass sie ernsthaft, effizient und fair Entscheidungen trifft und so die großen Probleme unserer Zeit löst.

In Krisenzeiten gibt es noch stets eine Präferenzverschiebung in der Erwartung der Bürgerinnen und Bürger: Sie wollen nicht wie vor zehn Jahren mehr direkte Demokratie, mehr Partizipation, sie wollen Ergebnisse sehen.

WELT: Halten Sie [das teilweise Entgegenkommen der Regierung \(/politik/deutschland/article249356454/Streit-um-Agrardiesel-Regierung-nimmt-Subventionskuerzungen-fuer-Landwirte-teilweise-zurueck.html\)](https://www.welt.de/politik/deutschland/article249356454/Streit-um-Agrardiesel-Regierung-nimmt-Subventionskuerzungen-fuer-Landwirte-teilweise-zurueck.html) gegenüber den Bauern für richtig?

Merkel: Nein, ich halte es für einen kardinalen Fehler, dass die Regierung die ursprünglich geplante Streichung der Kfz-Steuerbefreiung wieder zurückgenommen hat und die Diesel-Subventionen nur schrittweise kürzt. Dieses Einknicken vor den Bauern stärkt den Eindruck, dass die Ampel planlos und ineffizient regiert. Sie schlägt etwas vor, dann wird protestiert, und sie knickt ein. Soll das in Zukunft bei jeder größeren Demonstration so ablaufen? Das ist ein weiterer nachhaltiger Glaubwürdigkeitsverlust der Regierung.

WELT: Wäre es nicht ein Glaubwürdigkeitsverlust, würde die Regierung die massiven Proteste ignorieren?

Merkel: Das kann man so sehen. Die Regierung ist aber nicht den partikularen Interessen einer hochsubventionierten Branche verpflichtet, sondern den gemeinschaftlichen Interessen der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft. Und dann schafft sie es mit ihrem Kniefall noch nicht einmal, den Protest einzudämmen. Das Landwirtschaftsministerium hat weder einen guten Draht zu den Bauern noch ihrem Hauptverband.

WELT: Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) wurde im Urlaub von einem Mob bedrängt ([/politik/deutschland/article249366062/Wuetende-Bauern-blockieren-Faehre-mit-Robert-Habeck-in-Schluettsiel.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/article249366062/Wuetende-Bauern-blockieren-Faehre-mit-Robert-Habeck-in-Schluettsiel.html)), an Traktoren hängen Galgen mit kleinen Ampeln. Ist das auch Ausdruck einer neuen gesellschaftlichen Verrohung?

Merkel: Bei der temporären Freiheitsbeschränkung von Robert Habeck wurde eine Grenze überschritten. Dies haben wir so ähnlich auch schon in den vergangenen Jahren erlebt, als Demonstranten mit Fackeln vor Privathäusern von Politikern gestanden haben. Das ist bedrohlich.

Die symbolische Mitführung von Galgen bei Demonstrationen sollte man hingegen nicht überbewerten. Bei den Bauernprotesten wurde eine Ampel aufgehängt und nicht ein Foto eines Ministers. Wir dürfen auch in unserer Kritik nicht überziehen und ein Land skizzieren, das im Protest untergeht. Das hilft nur den Demokratiefeinden.

WELT: Gleichzeitig besteht die Befürchtung, dass Aktionen wie die an der Fähre mit Habeck bei radikalen Gruppen zu Nachahmeffekten führen könnten.

Merkel: Ja, wir haben ein schwieriges Jahrzehnt vor uns. Dazu gehören eine sich

polarisierende Gesellschaft und Probleme, die weder mittelfristig noch national gelöst werden können, etwa Klima, Migration und Kriege. Dass sich rechtsextreme Gruppierungen, die ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie haben – etwa die AfD – auf solche Themen setzen, wissen wir.

Besorgniserregend ist aber, wie sehr dies von den sozialen Medien befeuert wird. Die Plattformen sind regelrecht darauf ausgelegt, radikalisierte Dynamiken auszulösen und von heute auf morgen zu mobilisieren. Früher war dies nicht möglich, Aktionen mussten im Vorfeld erst lange organisiert werden. Das zeigt eine neue Verwundbarkeit unserer Demokratie und eine Erosion der demokratischen Gesellschaft.

WELT: Der Erfolg der Rechtspopulisten scheint im Deutschland später eingetreten zu sein als in anderen westlichen Staaten. Was meinen Sie, wie lange der Höhenflug anhalten wird?

Merkel: Wir sind tatsächlich nachholend in der europäischen Realität angekommen. Das liegt daran, dass wir zwischen 1933 und 1945 eine einmalig barbarische Vergangenheit zu verantworten haben. Daraus hat sich zu Recht ein Tabu gegenüber rechtsextremen Umtrieben entwickelt. Das ist nun rissig geworden. Ich gehe nicht davon aus, dass diese rechte Welle bald abbricht. Die Frage ist, wie weit der Rechtspopulismus seinen Weg in die Regierungen findet.

In mehr als einem Dutzend Ländern in Europa waren Rechtspopulisten schon an der Macht. Wenn sie der größere Koalitionspartner gewesen sind, wie das etwa in Ungarn und Polen der Fall war, haben wir gesehen, wie rasch liberale und rechtsstaatliche Prinzipien ruiniert werden können. Ich sehe für die kommenden Jahre eine Gefahr der Illiberalisierung auch bei uns. Nicht nur von rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen, sondern möglicherweise auch von demokratischer Seite.

WELT: Was meinen Sie damit?

Merkel: Ich habe die Sorge, dass überreagiert wird. Dann wenden wir selbst illiberale Methoden gegen die Illiberalen an. Das gilt auch für ein gefordertes Parteienverbot der AfD. Abgesehen davon, dass solch ein Schritt geringe Chancen vor dem Bundesverfassungsgericht hätte, würde es das Problem des gesellschaftlichen Unmuts

nicht lösen. Eine wehrhafte Demokratie ist nicht eine, die Bürger observiert und schnell verbietet, sondern eine, die es schafft, fair zu regieren und Probleme anzupacken.

Und wenn nun über ein mögliches Parteiverbot diskutiert wird, zeigt es, dass man nicht bei sich selbst nach den Quellen des Unmuts sucht, sondern stets bei den anderen. Dabei sollte es in einer Demokratie genau andersherum sein.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/249428460>